

LDK-Antrag.

Antragsteller: Hamm-Borgfelde/
Kreisvorstand Hamburg-Mitte



Kampf gegen rechte Gewalt

Einrichten einer Aussteigerhilfe für rechte Straftäter

In Hamburg gibt es bislang keine institutionalisierte Hilfe für einen Ausstieg aus der rechten Szene. Die vom Bund dafür bereitstehenden Fördermittel werden in den Bundesländern unterschiedlich eingesetzt. Hamburg betreibt eine bei der Polizei Hamburg angesiedelte telefonische Beratungsstelle, die bei weitem nicht ausreicht und, laut Aussage der Polizei, kaum genutzt wird.

In Hamburg gibt es eine aktive rechte Szene, auch wenn sie nicht offen und für jeden ersichtlich in Erscheinung tritt. Noch immer verfallen Jugendliche den einfachen Formeln der Rechten und verschreiben sich damit einem Leben, in dem Gewalt als legitimes Mittel im Umgang mit Gegnern und anders Denkenden ist. Keine Stadt kann es sich nicht leisten, jugendliche Straftäter mit rechtem Gedankengut zu ignorieren oder gegebenenfalls ohne weitere Maßnahmen zu inhaftieren. Es ist notwendig, präventiv gegen rechte Gewalt vorzugehen. Da es ein elementares gesellschaftliches Interesse ist, Straftätern die Möglichkeit zu bieten, aus der Szene auszusteigen und sich von dem Gedankengut zu befreien.

Das Land Niedersachsen hat dafür ein Modellprojekt ins Leben gerufen, das seit 2001 versucht, Straftäter aus der rechten Szene mit Hilfe von Sozialpädagogen und im Bundesgebiet einzigartigen Methoden von rechten Ideologien sowie vom Teufelskreis der Gewalt zu lösen.

Durch eine erstaunliche Erfolgsquote von 43 Prozent und eine nach sieben Jahren gute Zusammenarbeit mit Behörden und sozialen Verbänden hat sich die „AussteigerhilfeRechts“ in Niedersachsen etabliert und gehört dort zu einem der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen rechte Gewalt.

Die „AussteigerhilfeRechts“ ist an das Justizministerium angeschlossen, agiert aber unabhängig und mit eigenem Etat. Die Anlaufphase dieser Initiative beanspruchte zwei Jahre, bis erste Erfolge aufgrund der Etablierung zu verzeichnen waren. Eine Kooperation mit den Mitarbeitern und Erfindern des Konzepts ist möglich und ausdrücklich erwünscht.

LDK-Antrag.

Antragsteller: Hamm-Borgfelde/
Kreisvorstand Hamburg-Mitte



Die Jusos Hamburg fordern, diese Erfahrungen und Konzepte aus Niedersachsen zu nutzen und auf Hamburg zu übertragen. Konkret heißt dies folgendes:

Ausstieg ist mehr als nur ein Verzicht auf Straftaten

Der größte Unterschied zwischen den Projekten der einzelnen Bundesländer liegt in der Definition, was unter einem Ausstieg zu verstehen ist. Dabei reicht es manchmal schon, nicht weiter mit Straftaten aufzufallen. So eine reduzierte Definition hat zwar zur Folge, dass die Zahl der Aussteiger statistisch höher liegt, langfristig gesehen kann dies jedoch keine Aussicht auf Erfolg im Kampf gegen Rechte Gewalt haben. Deswegen ist es notwendig, neben der Abkehr von Straffälligkeit auch den Bruch mit früheren Kameraden/Freunden und das Lösen von rechtsextremistischen Ideologien anzustreben und auch einzufordern. Nur so ist ein vollständiger Ausstieg möglich!

Hilfe nach Straffälligkeit

Die Aussteigerhilfe soll sich an Jugendliche, junge Heranwachsende und Erwachsene wenden, die wegen rechtsextremistischer Straftaten in Erscheinung getreten sind oder wegen rechtsradikaler Delikte verurteilt wurden. Dabei sind es die Straftäter selber, die nach einem Hinweis auf das Projekt aktiv um Hilfe bitten müssen.

Sozialpädagogen statt Polizeibeamten

Ein weiterer Unterschied zu anderen Konzepten ist der Einsatz von Sozialpädagogen, die speziell geschult den Ausstieg betreuen. Dies schafft eine andere Vertrauensbasis und hat auch einen anderen Umgang zur Folge. Beamte vom Verfassungsschutz oder Polizeibeamte gelten in der Szene als Feindbilder und gehen mit anderen Akzenten vor. Dabei geht es vor allem um die Abkehr von der Straffälligkeit, nicht aber um den sozialen Hintergrund und das Loslösen von Freunden und Ideologie. Dies kann nur von Sozialpädagogen geleistet werden, da diese sich theoretisch fundiert und pädagogisch mit den Lebenswegen der Klienten und der festgesetzten Ideologie auseinandersetzen können.

Ideelle statt finanzielle Unterstützung

Um einen wirklichen Ausstieg zu erreichen, darf nicht mit finanziellen Anreizen gearbeitet werden. Minimale Unterstützung bei der Entfernung von Tattoos oder Umzügen ist notwendig, nicht aber die Zahlung des Lebensunterhaltes. Dies würde zu falschen Motiven beim Ausstieg führen und kann den Erfolg gefährden.

LDK-Antrag.

Antragsteller: Hamm-Borgfelde/
Kreisvorstand Hamburg-Mitte



Lange Betreuungsdauer sichert Erfolg

Die Betreuungsdauer geht in Niedersachsen von 4 bis 42 Monate. Dabei ist die Dauer der Betreuung nicht an die Haftzeit gebunden. Die Offenheit der zeitlichen Spanne ist wichtig, da sich so individuell auf die Klienten eingestellt werden kann. Manchmal bedarf es eines Jahres, bis ein Vertrauensverhältnis aufgebaut ist, auf dessen Grundlage ein Ausstieg erst möglich ist.

Deshalb sollte auf eine zeitliche Beschränkung von Anfang an verzichtet werden.

Die SPD wird als Partei und als Fraktion in der Bürgerschaft aufgefordert, die Einrichtung eines Aussteigerprogramms nach niedersächsischem Vorbild voranzutreiben.